

Laibacher Zeitung.

Nr. 258.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus ganzj. 50 kr., halbj. 25 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 9. November

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1868.

Ämtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben auf Grund eines von dem k. k. Reichsfanzler, Minister des kaiserlichen Hauses und des Aeußern, erstatteten allerunterthänigsten Vortrages mittelst Allerhöchster Entschliessung vom 30. October d. J. den k. k. Legationsrath Ernst Freiherrn von Brenner-Felsach zum k. k. Generalconsul in Warschau allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben aus Anlaß des in Folge der Allerhöchsten Sanctionirung des Beschlusses der Delegation vom 24. März d. J. stattgefundenen Ueberganges der Verwaltung der Staatspferdezuuchtanstalten an das Ackerbauministerium mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 15. October d. J. für die Oberleitung der Pferdezuuchtangelegenheiten in diesem Ministerium die Sistemisirung der Stelle des Generalstallmeisters mit dem Range eines Sectionschefs zu genehmigen und dieselbe mit der weiteren Allerhöchsten Entschliessung vom 1. November d. J. dem Major in der Armee Ladislaus Grafen Rozadowski allergnädigst zu verleihen; ferner zu gestatten geruht, daß der Major im Armeestande Otto Mayr zur Führung der administrativen Agenden des Departements für Pferdezuuchtangelegenheiten im Ackerbauministerium in dienstliche Verwendung genommen werde. **Potocki m. p.**

Der Justizminister hat zu Bezirksgerichtsadjuncten in Böhmen ernannt:

für Leitomischel den Gerichtsadjuncten Ottokar Gregor v. Habera im Wege der angesuchten Uebersetzung;

für Königswart den Bezirksgerichtsadjuncten Anton Fuhrman von Turnau im Wege der angesuchten Uebersetzung;

für Ruditz den Secretär der Stadtgemeinde Leitmeritz Franz Liehman;

für Petschau den Bezirksamtsactuar Franz Tatschek in Petschau;

für Horitz den Bezirksamtsactuar Eduard Kanbik in B. Brod;

für Trautenau den Auscultanten des städt. deleg. Bezirksgerichtes Alfergrund in Wien Rudolf Kraemer;

für Benatek dem Bezirksgerichtsadjuncten Wenzel Pelikan von Ledec im Wege der angesuchten Uebersetzung;

für Libochowitz den Bezirksgerichtsadjuncten Eduard Eisekt v. Klimpel von Pilgram im Wege der angesuchten Uebersetzung;

für Teplitz den Auscultanten bei dem Wiener Landesgerichte Max Ritter v. Mitis;

für Mies den Bezirksamtsactuar zu Amstetten Theodor Haas;

für Priesitz den Bezirksgerichtsadjuncten Alois Kieweg von Ellbogen im Wege der angesuchten Uebersetzung;

für Friedland den Conceptspracticanten der Grazer Finanzprocuratur Dr. Joseph Sauerjisk und

für Turnau den Bezirksamtsactuar Emil Schneider in Adlerskotelez.

Nichtamtlicher Theil.

Ueber die äußere Politik Oesterreichs.

Der „Pester Lloyd“, ein Blatt, das sonst mit außerordentlicher Schärfe alles behandelt, was in Wien vorgeht, bringt in seinen letzten Nummern eine Reihe von Artikeln, welche die äußere Politik unseres auswärtigen Amtes in günstiger Weise beurtheilen. Es ist zwar keine neue Erfindung, daß die Politik unseres Reichsfanzlers von der öffentlichen Meinung und den competenten Körperschaften des Reiches einer anerkennenden Würdigung unterzogen wird, aber es gereicht uns trotz dem zur Beruhigung, wenn selbst Organe, die zur Opposition zählen, mit ihrem gerechten Urtheile nicht zurückhalten. Den Beziehungen zu Frankreich und der deutschen Politik des Herrn v. Beust wird die besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Nach einer Einleitung, in welcher der äußerst schwierige und durch die Rücksicht auf die innere Schwäche des Reiches dictirte Standpunkt des Kanzlers beleuchtet wird, geht der Verfasser des Artikels auf die Stellung zu Preußen über. Die eigentlichen Tendenzen Preußens, welche in der Uedom'schen Depesche und in dem bekannten Circulare Werther's klar zu Tage lagen, und die Stimmung Preußens gegen Frankreich werden in scharfen Worten constatiert, und dann die Politik Oesterreichs, wie sie durch die offenkundige Sachlage geboten wurde, entwickelt.

„Preußen“, heißt es im letzten Artikel, „überfiel Oesterreich inmitten eines leider nur zu lange verzögerten, nach den verschiedensten Plänen begonnenen, und deshalb unfertigen und unsoliden Reformrathes. Der Schlag traf so doppelt schwer, schwächte Oesterreich ganz außerordentlich und die Kräfte, mit welchen deshalb ge-

genwärtig das Reich seine äußere Politik unterstützen kann, sind daher vergleichsweise sehr gering.

Aber das Gewicht, welches ein Staat von 33 Mill. Einwohner in die Waagschale werfen kann, ist trotzdem immer noch ein bedeutendes, zumal bei der geographischen Stellung Oesterreichs zu den beiden großen Gegnern; Frankreich sich geneigt erhalten, ohne sich zu binden, neben diesen Mächten vollständig frei und unabhängig zu bleiben, wurde glücklich erreicht. Von den Ueberschreitungen des Prager Friedens nahm Oesterreich bloß Act, aber es protestirte nicht dagegen; zu Salzburg wurden die früheren Differenzen mit Frankreich beseitigt und eine Uebereinstimmung der Auffassung der schwebenden politischen Fragen herbeigeführt, ohne daß irgend ein Versprechen in Bezug auf die Action Oesterreichs gegeben zu werden brauchte. Es sind von Berlin wie von Paris verschiedene Versuche gemacht worden, Oesterreich zu bewegen, aus dieser vorsichtigen und umsichtigen Reserve hervorzutreten; aber bis jetzt vergebens. Der Beweis liegt in dem Beschlusse der bezüglich Luxemburgs getroffen wurde. Wäre Oesterreich gebunden gewesen, sich auf Seite Frankreichs zu stellen, so würde dieses auf der Einverleibung des Großherzogthums bestanden sein; wäre es Preußen gelungen, sich Oesterreichs Unterstützung zu sichern, so würde jene Macht Luxemburg nicht geräumt haben. Zu einem wie in dem andern Falle war der Krieg unvermeidlich. Daß jeder der beiden Gegner von seinen Forderungen nachließ, Luxemburg nicht französisch wurde, Preußen den Vertrag Folge leistete und seine Besatzung zurückzog und so der Friede erhalten blieb, ist offenbar wesentlich der Action Oesterreichs zuzuschreiben. Oesterreich ist schwach, aber es ist nicht kraftlos. Auch wenn es zur Zeit nur halb so viel Kräfte aufbieten könnte, wie die beiden continentalen Großmächte Westeuropas, so vermöchte es doch, wenn es mit dieser Macht am Kampfe theilnehmen würde, für seinen Verbündeten die Siegeschance in solchem Maße zu steigern, daß dieser, der österreichischen Allianz sicher, sofort den Ausbruch des Kampfes provociren würde.

Wenn trotz der bis zum äußersten gesteigerten Spannung zwischen Preußen und Frankreich der Krieg unterblieben ist, so kann vernünftigerweise die Ursache nur darin gefunden werden, daß Oesterreich nicht zu bewegen war, eine Entscheidung zu treffen, sei es neutral zu bleiben oder sich einem der beiden Staaten anzuschließen.

So verstehen wir die Politik des Freiherrn v. Beust, so allein kann sie vernünftigerweise ausgelegt werden. In der absoluten Reserve Oesterreichs versteckt sich keine Ohnmacht, keine Unklarheit oder Schwäche des Willens,

Seuifleton.

Sechs Wochen in Heppenheim.

(Novelle.)

(Fortsetzung.)

Ich sah Herrn Müller erst eine Stunde später wieder. Er sah sehr müde und erhist aus, aber seine Stirne war wieder klar und seine Augen hatten den gewohnten Ausdruck offener, herzlicher Güte.

— Ich bitte um Verzeihung, mein Herr, daß ich nochmals komme, Sie zu langweilen, sagte er. Ich habe über das, was ich heute Morgens zu Ihnen gesprochen habe, reiflich nachgedacht, und ich glaube wirklich, daß ich von einem bösen Geiste befreit war. Wir haben vielleicht nicht das Recht, auf das Glück eines anderen bestimmend einzuwirken. Von einem Mädchen, wie Thekla, geliebt zu sein — und seine Stimme bebte — kann gewiß einen Mann, wie tief er auch gesunken sein mag, wieder emporheben. Ueberdies kann ich auch nicht unparteiischer Richter in dieser Angelegenheit sein, denn . . . ich habe diesen Morgen die Entdeckung gemacht . . . daß ich selbst sie liebe.

Da nun Sie, mein Herr, die Güte haben, sich um sie zu interessieren, so werde ich Ihnen meinen Plan mittheilen. Wenn Sie gewiß sind, daß Thekla diesen Mann zu heiraten wünscht (was vielleicht zu seinem zeitlichen und ewigen Heile gereichen würde), so wird es mich glücklich machen, im Vereine mit Ihnen, die Beiden in dem Haushalte zu Altnahr anständig zu etabliren. Nur werden Sie mir erlauben, zu fordern, daß das von uns vorgestreckte Geld für Thekla gerichtlich

sichergestellt werde. Ich bitte Sie auch, mein Herr, von dem, was ich Ihnen über meine Liebe zu Thekla anvertraut habe, nicht zu sprechen; wenn ich es Ihnen gesagt habe, so geschah es eines Theils deshalb, um die harten Worte, die ich am Morgen gesprochen, zu entschuldigen, . . . und dann auch, um Ihnen zu beweisen, daß ich nicht in der Lage bin, richtig zu beurtheilen, was zu ihrem wahren Besten gereichen würde.

Er hatte so hastig gesprochen, daß ich mit dem besten Willen von der Welt ihn nicht hätte unterbrechen können. Ich hätte mich aber auch gehütet, es zu thun; ich nahm zu warmen Antheil an allem, was dies edle, wahrhaft großmüthige Herz bewegte, um ihn nicht mit lebhaftem Interesse bis zu Ende zu hören. Seine letzten Worte wurden mühsam hervorgestoßen und er verstummte mit einem unwillkürlichen Seufzer.

— Aber, sagte ich, seitdem Sie hier gewesen sind, habe ich Thekla gesehen, und wir haben eine lange Unterredung miteinander gehabt. Sie bezeugt mir nun das Vertrauen einer Schwester und spricht sich mit aller Offenheit zu mir aus, eine bescheidene Zurückhaltung nur da bewahrend, wo tieferes Eingehen nicht am Platze wäre. Sie kam mich zu fragen, ob ich glaube, daß es ihre Pflicht sei, diesen Mann zu heiraten, der, wie sie sagt, sich in diesen vier Jahren in einem Grade zum Schlimmen verändert hat, daß alles an ihm sie abstößt.

— Und doch hat sie ihm erlaubt, sie zu umarmen, erwiderte Herr Müller, in seinen bitteren, verachtenden Ton zurückfallend.

— Ja, und sie würde ihn auch heute noch heiraten, wenn sie überzeugt wäre, daß es ihre Pflicht ist. Franz hat das recht gut verstanden und aus einem ihm

selbst bekannten Grunde benügt, um Thekla's Mitleid zu erregen. Er sagt, daß sie ihn retten könne.

— Als ob ein Mann nicht selbst Charakterstärke genug haben sollte, sich zu retten, ohne die Beihilfe einer Frau in Anspruch zu nehmen.

Ich hatte Mühe, ein Lächeln zu unterdrücken.

Aber, wendete ich ein, es sind nicht zwei Minuten seit Sie gesagt haben, diese Heirat könne sein zeitliches und ewiges Wohl begründen.

— Ich glaubte damals, daß sie ihn liebe, antwortete er schnell; nun . . . Aber was haben Sie ihr darauf geantwortet, mein Herr?

— Ich habe ihr gesagt, was für mich so fest steht wie das Evangelium, — daß sie einen großen Fehler begehen würde, wenn sie einen Mann heirathete, den sie nach ihrem eigenen Geständniß nicht mehr lieben kann; das hieße, das Böse thun damit ein sehr — zweifelhaftes Gute daraus hervorgehe. Meine Ueberzeugung ist in diesem Punkte eine unerschütterliche; aber ich wäre in Verlegenheit gewesen, ihr einen Rath zu ertheilen, wenn sie in ihrer Liebe beharrt hätte.

Nun, was hat sie auf all' das geantwortet, mein Herr?

Ihren eigenen Wünschen entgegen, um ihr Gewissen zu beruhigen, ließ sie die Vergangenheit beider nochmals prüfend an sich vorüberziehen. Sie hat mir gesagt, daß sie während ihrer Kindheit die moralische Kraft und Stütze von Franz gewesen, und daß seine Aufführung so lange passiv gut war, als er sich unter ihrem Einflusse befand. Fern von ihr fiel er dem Bösen anheim.

Um nicht zu sagen, dem Laster, unterbrach Herr Müller.

sondern kalte Berechnung, die aufmerksame Haltung gegenüber Preußen verbirgt keine Rancune, sondern nur Vorsicht und wohlbegründeten Argwohn, die freundlichen Beziehungen zu Frankreich resultiren nicht aus einem Bündniß, sondern aus tiefer Erkenntniß der identischen Interessen."

Das Rothbuch,

welches den Delegationen vorgelegt werden soll, enthält Correspondenzen des gemeinsamen Ministeriums für die auswärtigen Angelegenheiten aus der Zeit vom Anfang Januar bis Ende October 1868. Es schließt sich demnach an das Rothbuch Nr. 1 continuirlich an, das solche Correspondenzen vom November 1866, dem Amtsantritte des Baron Beust, bis Ende 1867 umfaßte. Das frühere System der Anordnung ist in dem Rothbuche Nr. 2 beibehalten; der Urkundensammlung geht eine einleitende Uebersicht voraus, die dazu bestimmt ist, die Actenstücke zusammenzufassen und zu erläutern. Uebersicht und Urkundensammlung zerfallen in drei Abschnitte: deutsche, italienische und orientalische Angelegenheiten sammt allfälligem Anhang. Eine eigene Circular-Fejesche des Freiherrn v. Beust an die österreichisch-ungarischen Gesandten im Auslande hat die December-Versammlung zum Gegenstande und orientirt dieselben, respectiv die fremden Regierungen, über die Nothwendigkeit und Tragweite des Ausgleichs mit Ungarn, über Charakter, Bedeutung und leitende Principien der verfassungsmäßigen Einrichtungen in den österreichisch-ungarischen Ländern. Der italienische Abschnitt besteht größtentheils aus Actenstücken aus der Verhandlung mit Rom bezüglich der im Wiener Reichsrathe beschlossenen confessionellen Gesetze. Es ergibt sich, dem Vernehmen nach, aus diesen Actenstücken, daß es der Standpunkt der kaiserlich königlichen Regierung war: im staatlichen und kirchlichen Interesse sei es entsprechender, das Concordat von 1855 nicht bloß zu modificiren, sondern ganz und gar (durch zweiseitigen Vertrag) aufzuheben. Rothbuch Nr. 2 hat keinen handelspolitischen Theil, wie ihn Rothbuch Nr. 1 hatte. Durch die Weglassung desselben soll, wie der „Ungarische Lloyd" wohl richtig hervorhebt, veranschaulicht werden, daß die Handels-Angelegenheiten nicht zur Competenz des Reichsrathes gehören.

142. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 5. November.

Präsident Kaisersfeld eröffnet die Sitzung nach halb 12 Uhr.

Auf der Ministerbank: Herbst, Taaffe, Hagn, Berger, Giskra.

Nach Erledigung des Einlaufs wird zur Tagesordnung, der Discussion über die §§ 10 und 11 des Ausnahmengesetzes, übergegangen.

Abg. Loman nimmt zu § 10 das Wort. In diesem Paragraphen liege eine gefährliche Consequenz, denn er räume der Executive das Recht ein, mit Zustimmung Sr. Majestät den Ausnahmestand aufzuheben, und im folgenden Paragraphen rede er nur von der Genehmigung der Ausnahmsmaßregel durch den Reichsrath. Die Annahme dieses Gesetzes werde nothwendiger Weise zu der Consequenz führen, daß der Reichsrath die Maßregel nur zur genehmigenden Kenntniß zu nehmen hat, ohne die Motive der Maßregel, ihre Nothwendigkeit u. s. w. untersuchen und nöthigenfalls die Aufhebung votiren zu können.

Und nun, da er betrübt und reuevoll zu ihr zurückkehre, mit dem Wunsche sich zu bessern, und auf die Liebe bauend, die so lange schweigend ihm verpfändet war . . .

— Und die er verachtet und verschmäht hat! Ich hoffe, daß Sie ihr erzählt haben, wie dieser Glende gestern Abend im Adler-Garten gesprochen und gehandelt hat?

— Nein, ich habe mich an den Hauptgrund gehalten, der, ich bin indessen gewiß, auch der einzig wahre ist. Ich habe ihn ihr unter verschiedenen Formen wiederholt, denn sie war fest überzeugt, daß sie sich für Franz opfern müsse. Wenn es mir nicht gelungen wäre, ihr ihre Pflicht unter einem richtigern Gesichtspunkte in's Auge fassen zu machen, so hätte ich meine Zuflucht zu Thatfachen genommen, das hätte sie tief gekränkt, ihr aber auch bewiesen, wie wenig ihres Vertrauens würdig die Reue und die Versprechungen von Franz seien.

Nun, und ihr Entschluß?

Sie hat sich überzeugen lassen, daß es ein beklagenswerther Irrthum wäre, einen Mann zu heiraten, den sie vollständig zu lieben aufgehört hat; sie hat eingesehen, daß nichts wirklich gutes aus einer Handlung hervorgehen könne, die auf einem falschen Princip beruht.

— Das ist vollkommen wahr, sagte mein Wirth, dessen Gesicht von Freude und Glück strahlte.

— Aber sie sagte, daß sie Ihren Dienst verlassen und anderwohin gehen müsse.

— Sie wird meinen Dienst verlassen, ohne anderswohin zu gehen.

— Ich weiß nicht, ob es in Ihrer Macht stehen

Dieses Recht stiehe zweifellos dem Reichsrathe zu und müsse gewahrt werden. Es sei deshalb schon bei § 10 eine Aenderung nothwendig, wenn der Sinn des § 11 zu Gunsten des Reichsrathes ausfallen solle.

Abg. Kuranda: In Uebereinstimmung mit der Majorität des Verfassungsausschusses beantrage ich einen Zusatz zu § 11. Welche Action dem Reichsrathe vorbehalten, nachdem das Ministerium die Ausnahmsgesetzverhängung motivirt, verschweigt der Paragraph. Das ist eine Lücke. Ich beantrage folgendes Alinea: „Im Falle eines der beiden Häuser die getroffenen Verfügungen für ungerechtfertigt erklärt, sind dieselben, insofern sie sich noch in Geltung befinden, sofort außer Wirksamkeit zu setzen." Uns beschleicht ein unheimliches Gefühl bei Verathung dieses Gegenstandes. Es handelt sich um Suspension eines Gesetzes, das wir mit so schweren Kämpfen zu Stande gebracht haben. Allein wir können uns der Nothwendigkeit, dieses Gesetz zu votiren, nicht entziehen, aber doch können wir dem Mißbrauche Grenzen setzen, der mit diesem Gesetze geschehen könnte. Wir wissen ja nicht, wenn wir dieses Schwert in die Hände geben. Wenn wir wissen, daß immer die Mäurer unseres Verrathens am Ruder sind, wäre es etwas anderes, aber die Zukunft ist ein Buch mit sieben Siegeln. Und darum gilt es, sich vorzusehen. Wer weiß, ob nicht den Ministern unsere Vorsicht zu gute kommen wird, wenn sie einst wieder bei uns auf den Bänken sitzen und mit uns kämpfen. Und darum empfehle ich Ihnen meinen Antrag.

Derselbe wird von der Majorität unterstützt.

Abg. Freiherr v. Pratobevera weist gleichfalls auf die eintägigen Debatten aus Anlaß des § 13 hin. Das vorgeschlagene Gesetz falle lediglich in den Bereich der Executive, sonst käme es zu schweren Conflicten zwischen den beiden Gewalten, und darum könne er dem Antrage Kuranda nicht beitreten; er stelle vielmehr folgenden Antrag: „Das Ministerium hat, wenn es auf Grund dieses Gesetzes Ausnahmsmaßregeln getroffen und deren Fortdauer beschlossen hat, bei sonstiger Erlöschung der getroffenen Verfügungen dem Reichsrathe, wenn er verammelt ist, oder bei seinem nächsten Zusammentritte, und zwar in beiden Fällen immer zuerst dem Hause der Abgeordneten, unter Darlegung der Gründe Rechenschaft zu geben und die Beschlussfassung des Reichsrathes einzuholen."

Dieser Antrag wird gleichfalls sehr zahlreich unterstützt.

Abg. Skene weist auf das exceptionelle System hin, das in Frankreich herrschte; er finde, daß auch bei uns ein exceptionelles System bestehe; seit Jahren haben wir nur ein persönliches Regime, an diesem ging Schmerling zu Grunde, und so werde es auch dem jetzigen Ministerium ergehen. (Bewegung.) Nach regierte vor dem Scheinconstitutionalismus absolut und ließ uns die Hoffnung, es werde eine bessere Regierung nachkommen; bei dem jetzigen Ministerium gibt es diese Hoffnung nicht. Redner hebt nun hervor, welche Rechte dem Parlamente durch die Delegationen entzogen wurden, heute handle es sich um eine abnormale Einschränkung des Parlamentes, die in den Augen des Volkes von großer Tragweite sei; durch die in die Hand der Regierung gelegte discretionäre Gewalt werde das Parlament nichts als eine Abstimmungsmaschine. Die Minister mögen bedenken, daß es in Oesterreich leicht sei, den Constitutionalismus zu untergraben; er gedente der Zeit, wo die Herren auf der Ministerbank unter den Abgeordneten saßen und mit ihnen debattirten; vergleiche er jene Zeit mit der jetzigen, dann verstehe er die Minister nicht mehr; er empfehle den Antrag Kuranda, denn dieser verhindere,

daß das Parlament zur Abstimmungsmaschine mit 10 fl per Kopf werde. (Zurufe.)

Abg. Dr. Hyger tritt den Anschauungen der Abg. Kuranda und Kaiser entgegen; wer wisse denn, wie unsere späteren Parlamente zusammengesetzt sein werden? Nehme man an, das Abgeordnetenhaus würde die Ausnahmsmaßregeln billigen, das Herrenhaus aber nicht, dann müßten sie sogleich aufhören und den Untrieben der Umsturzpartei wäre Thür und Thor geöffnet. Schwerlich werde der Antrag Kuranda das Ministerium bewegen, das Parlament zum Richter über sich einzuberufen; der Antrag Kuranda hebe vielmehr die Einberufung des Parlamentes auf. Die Ministerverantwortlichkeit und das Statut für das Reichsgericht sind die beste Schutzwehr gegen Uebergriffe mit Ausnahmeständen, das Parlament könne nicht Kläger und Richter zugleich sein; salus reipublicae lex suprema! (Beifall.) Redner empfiehlt den Ausschußantrag.

Minister Herbst. Es handle sich um eine bloße Rechtsfrage, um die Zulässigkeit von Ausnahmeständen. Der Antrag Pratobevera erreiche den beabsichtigten Zweck viel besser und sicherer, als der Antrag Kuranda. Denn nach dem Antrag Kuranda dürfe die Regierung das Parlament nur nicht einberufen, um dem ihm allenfalls drohenden Tadelvotum zu entgehen; der Antrag Pratobevera sei deshalb praktisch, weil er den Schutz der Verfassung zum Zwecke habe, das Recht der Legislative wahre und die Ministerverantwortlichkeit nicht zur bloßen Illusion mache. Er, als Minister, spreche heute ebenso offen seine Ueberzeugung aus, als er es früher auf einem andern Plage that. (Bravo!)

Minister Berger verwahrt das Ministerium gegen die Vorwürfe des Abg. Skene, daß es persönliches Regime führe und den Reichsrath zur Abstimmungsmaschine degradiere. So schwere Vorwürfe habe noch niemand gegen jene Männer erhoben, die durch das Vertrauen des Hauses zur Regierung gelangten, und Skene hätte, wenn seine Anschuldigungen wahr wären, geradezu mit einer Anklage im Sinn des § 2 des Ministerverantwortlichkeitsgesetzes auftreten müssen. Was die Delegation und ihre Befugnisse betrifft, so klagte Skene nicht die jetzige, nicht die frühere Regierung, sondern das Parlament selbst an, denn dieses beschloß die Staatsgrundgesetze. Dem Abg. Skene als Mitglied des Behrathes stehe es am allerwenigsten zu, sich in solcher Weise über das Wehrgesetz geäußert zu haben. (Skene ruft: Das ist zu stark!) Es sei ein leichtsinniger Ausdruck gewesen, dem Ministerium solche Vorwürfe entgegen zu schleudern. Solche wären leicht zu sprechen aber schwer zu beweisen, und wenn Skene seine Behauptungen nachweisen und das Haus den Beweis annehmen wird, dann werde das Ministerium zeigen, daß es wisse, was parlamentarische Sitte, parlamentarische Würde gebiete.

Der Schluß der Rede des Ministers ruft eine erregte Stimmung im Saale hervor, auf der einen Seite Zustimmung, auf der andern Mißbilligung, und Skene erklärt, daß er die bezüglich des Nekrutengesetzes gemachten Vorwürfe beweisen werde. Uebrigens, glaube er, sei es Sache des Präsidenten, einen Abgeordneten gegen beleidigende Äußerungen zu schützen. (Unruhe.)

Präsident erklärt, er habe keine beleidigende und unanständige Äußerung vernommen, und wenn Minister Dr. Berger dem Abg. Skene in solcher Weise geantwortet, so habe er bezüglich der, der Regierung gemachten Vorwürfe nur das Recht der Selbstvertheidigung geübt. (Rufe: Ja, Rein.)

Minister Dr. Berger erklärt, durch diese Worte des Präsidenten überhoben zu sein, auch nur ein Wort noch sagen zu müssen.

wird, sie in ihrem Vorhaben wankend zu machen; sie schienen mir sehr entschlossen.

— Weshalb? sagte er, mir einen so flammenden Blick zuwerfend, als ob ich selbst die Ursache dieses Entschlusses gewesen wäre.

— Sie sagt, daß Ihre Schwester in Gegenwart der Mägde und mehrerer Personen aus der Stadt in so beleidigender Weise zu ihr gesprochen habe, daß sie nicht länger in Heppenheim bleiben könne. Sie selbst, wie es scheint, haben sie gestern Abend in einer Art behandelt, daß sie nun glaubt, auch Ihre Achtung verloren zu haben. Und doch hatte ihre bescheidene Miene den Ausdruck vollständigster Aufrichtigkeit, als sie mir die Versicherung gab, daß Franz jene unschickliche Vertraulichkeit sich erst in dem Augenblicke erlaubte, als Ihre Schwester in den Saal trat.

Mit Ihrer Erlaubniß, mein Herr, werde ich diese Angelegenheit sogleich in's Reine bringen, sagte mein Wirth, plötzlich fortgehend.

Das war leichter zu sagen als zu thun. Als ich Thella wieder sah, waren ihre Augenlider von Weinen aufgeschwollen, sie sprach aber kein Wort. Kalt, fast mißtrauisch verhielt sie sich mir gegenüber, und ihre Miene drückte einen festen Entschluß aus. Ich erfuhr erst später, daß Herr Müller, in der Unterredung, die er mit ihr gehabt, ungeschickterweise einige meiner Worte angeführt hatte; ich beschloß also, sie sich selbst zu überlassen, bis sie die Ungerechtigkeit ihres Grolls selbst eingesehen haben würde. Es vergingen jedoch mehrere Tage, bis sie einigermaßen wieder mit der gewohnten Offenheit zu mir sprach; was zwischen ihnen Beiden vorgefallen war, erfuhr ich nur durch meinen Wirth.

Wie es scheint, war er, nachdem er mich verlassen,

geraden Weges zu Thella geeilt, und hatte, mit dem thörichten Ungestüm des Verliebten, ihr in Gegenwart seiner Schwester von seinen Wünschen und Hoffnungen gesprochen, in der Einfalt seines Herzens glaubend, daß ein solcher Beweis der Achtung das junge Mädchen in der guten Meinung ihrer Herrin wieder heben werde. Er hatte sich grausam getäuscht. Mademoiselle Müller war nicht nur vollständig im Unklaren über die Thatfachen, die das, was am vorhergehenden Tage ihr so großes Aergerniß erregt hatte, rechtfertigen konnten, auch ihr Zorn dauerte noch in seiner ganzen Heftigkeit fort. Als ihr Bruder in die Küche trat, war sie eben mit der Bereitung von Confituren beschäftigt, und erteilte Thella ihre Befehle in dem hochmüthigsten und befehlendsten Ton ihrer Stimme; ihr Unwille kannte daher auch keine Grenzen, als sie den Herrn plötzlich die Hände des bestürzten jungen Mädchens ergreifen und ihr ohne weitere Einleitung sein Herz, sein Vermögen und sein Leben anbieten sah. Einen Augenblick stand Thella unbeweglich und zitternd, dann machte sie ihre Hände frei, um sich das Gesicht mit der Schürze zu verhüllen, während Mademoiselle Müller ihrem Zorne freien Lauf ließ, in Worten, die mein Wirth mit dem Ausdruck abschrecklich bezeichnete.

Da machte Thella ihr Gesicht frei, um zu hören . . . um die leidenschaftlichen Gegenbeschuldigungen der Geschwister bis zu Ende zu hören. Sie hatte den Kopf wieder hoch aufgerichtet, und als sie alles gehört hatte, näherte sie sich ihrer Herrin mit einer Miene stolzer Entschlossenheit, die meinen Freund noch in der Erinnerung daran trostlos machte. Mit dem ruhigsten Ton ihrer Stimme sagte sie dann, daß Mademoiselle sich solcher Geringschätzungen wegen nicht quälen solle;

Berichterstatte Dr. Sturm ist bestrebt, die gegen die Anschußanträge vorgebrachten Bedenken zu entkräften.

Bei der Abstimmung wird § 10 unverändert angenommen; in namentlicher Abstimmung sodann der Zusatzantrag Kuranda mit 78 gegen 76 Stimmen abgelehnt; hierauf der Zusatzantrag Pratobera, wofür auch die Minister sich erheben, mit überwiegender Majorität und damit gleichzeitig § 11 nach dem Anschußantrage angenommen.

Schließlich wird das ganze Gesetz in dritter Lesung endgültig genehmigt.

Hiermit schließt um 3 Uhr die Sitzung. Nächste Sitzung morgen 10 Uhr.

Wien. Die vom Finanzminister in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses am 5. November eingebrachte Regierungsvorlage lautet:

Gesetzentwurf,

betreffend die Eröffnung von Nachtragsschulden für das Jahr 1868.

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes finde ich zu verordnen wie folgt:

Art. I. Zur Bedeckung der gegenüber dem Finanzgesetze vom 24. Juni 1868 bei einigen Etats sich ergebenden Mehrauslagen für das Jahr 1868 werden folgende Nachtragsschulden bewilligt:

Für den Hofstaat 150.000 fl.; für den Reichsrath 100.000 fl.; für den aufgelösten Staatsrath 32.000 fl.; für das Ministerium des Innern, und zwar: für ordentliche Straßenbauten 80.000 fl., für ordentliche Wasserbauten 30.000 fl.;

für das Ministerium für Cultus und Unterricht, und zwar bei dem ordentlichen Erfordernisse: für den Staatsvoranschlag zu katholischen Religions-Anstalten 103.829 fl., für den Zuschuß zu Schulfonds 9910 fl., für den Zuschuß zu Studien-Anstalten 36.654 fl., zusammen 150.393 fl.;

ferner bei dem außerordentlichen Aufwande: für Herstellungs- und Adaptierungs-Arbeiten für Kirchen, Studien-Anstalten und für das Museum 21.363 fl.; für das Ackerbau-Ministerium, und zwar bei der Central-Leitung, als außerordentliches Erforderniß aus Anlaß der Uebernahme der Verwaltung der Militärgepäck- und Hengstendepots 9500 fl.; für das Justizministerium, und zwar bei den ordentlichen Erfordernissen aus Anlaß der Organisation der Bezirksgerichte 1.434.000 fl., dann bei dem außerordentlichen Aufwande aus demselben Anlasse 50.000 fl., endlich zur Bedeckung des aus Grund des Gesetzes vom 25. Mai 1868 eingetretenen ordentlichen Mehraufwandes für die Gehalte der Gerichts-Adjuncten bei den Gerichtshöfen erster Instanz 20.000 fl.; für das Finanzministerium, und zwar aus Anlaß der seit dem Gesetze vom 20. Juni 1868 angeordneten Umwandlung der im § 1 bezeichneten Gattungen der fundierten allgemeinen Staatsschuld in eine spec. einheitliche Schuld: Zur Bedeckung der Auslagen: a) für die Erzeugung und Ausfertigung der Convertirungs-Obligationen im Jahre 1868 200.000 fl.; b) für Provisionen an Wechselhäuser im Jahre 1868 150.000 fl., zusammen 350.000 fl.

Art. II. Die Minister des Innern, dann des Cultus und Unterrichtes, ferner der Ackerbau-, Justiz- und Finanzminister sind mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

(Wehrausschuß.) In der Abend Sitzung des Wehrausschusses waren gestern ihre Exc. die Minister Graf Taaffe, Dr. Giskra, Dr. Berger, Ritter v. Hasner,

sie habe gestern noch geglaubt, einen andern Mann heiraten zu müssen, und ihr Herz sei kein Miethszimmer, in welchem der zuletzt darin Wohnende unverzüglich durch einen andern ersetzt werden könne. Nichtsdestoweniger fühle sie die Güte ihres Herrn und sei dankbar dafür. Er habe sie seit ihrem Eintritte in sein Haus immer gut behandelt, und sie würde es nicht ohne Bedauern verlassen. Ja, es werde ihr bitter schwer fallen, sich von den Kindern, vorzüglich dem lieben, kleinen Max zu trennen. . . . selbst von Mademoiselle, die, obschon zu vorschnell in ihrem harten Urtheil über andere Frauen, sich ihr doch bei mancher Gelegenheit gütig gezeigt habe. Uebrigens sei ihr Entschluß gefaßt; sie habe bei der Polizei bereits die Anzeige gemacht, daß sie ihre Papiere zurückziehen wolle, und sie werde das Haus zu Allerheiligen verlassen.

Sie werde froh sein, nach alledem. . . . hier habe ihre Stimme ein wenig gezittert, wie mein Wirth glaubte, dann aber sich beherrschend, habe sie wiederholt: ja, sie würde froh sein, fortzugehen; denn obschon sie in Heppenheim viel Güte gefunden, so sei sie doch da sehr unglücklich gewesen, und sie wolle einige Zeit in dem väterlichen Hause zubringen, ihren alten Vater, ihre gute Stiefmutter und ihre theure Schwester Ida wiedersehen und eine zeitlang in Mitte der Ihrigen leben.

Ich konnte leicht bemerken, daß dieser Entschluß Herrn Müller aufregte. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde Franz, wenn er Heppenheim verließ, auch in sein Heimatdorf zurückkehren, und mein Wirth konnte sich des Argwohns nicht entziehen, daß ein Rest von Zuneigung für ihren elenden Jugendgefährten, Thekla in ihrem Entschlusse, nach Hause zurückzukehren, so fest machte.

(Fortsetzung folgt.)

Graf Potocki und als Regierungsvertreter Sectionsrath Mohr v. Rohrau und Oberstleutnant Horst anwesend.

Die Verathung beginnt mit § 11 und bemerkt Abg. Schindler zu demselben, daß, da das Parlament den Kriegszustand feststellt, es demselben auch zustehen sollte, den Friedenszustand zu normiren. Wenn man dieses nicht wollte, so solle man auch nicht den Kriegszustand bestimmen und dem Parlament sein Recht der Recrutensbewilligung belassen.

Schließlich stellt dieser Abgeordnete den Antrag, der Friedenszustand sei mit höchstens 250.000 Mann, mit Ausschluß der sich selbst verpflegenden Freiwilligen, festzusetzen.

Abg. Skene spricht sich dahin aus, daß der Kriegszustand nicht 600.000 Mann übersteigen dürfe und daß auch der Friedenszustand fixirt werde.

Se. Exc. Minister Dr. Giskra entgegnet den beiden Vorrednern und verwahrt sich zunächst gegen die Ansicht, daß einer seiner Collegen gesagt habe, daß, sobald eine Veränderung im Gesetze vorgenommen würde, die jetzige Regierung abzutreten gezwungen wäre. Sodann beleuchtet der Minister sehr gründlich gegenüber der Ansicht des Abgeordneten Skene, welcher, wie oben gesagt, einen Kriegszustand von 600.000 Mann anstatt 800.000 Man wünscht, daß bezüglich des Friedenszustandes die Höhe dieser Ziffer in finanzieller Beziehung keinen Unterschied mache, da die Cadres dieselben bleiben und die Erhöhung des Standes eben erst im Kriege geschehe.

Regierungsvertreter Oberstleutnant Horst will zugeben, daß Oesterreich wohl niemals eine Armee von 800.000 Mann gehabt habe, aber auch die anderen Staaten seien in derselben Lage gewesen, und da diese letztern jetzt ihre Wehrkraft auf das höchste angespannt haben, so müsse Oesterreich wohl auch das Gleiche thun und den Schwerpunkt in die gemeinsame Wehrkraft legen. Die Ziffer von 800.000 Mann für den Kriegszustand sei keineswegs zu hoch gegriffen.

Abg. Dr. Rechbauer schließt sich dem Antrage Skene an, daß nämlich der Kriegszustand nur 600.000 Mann betragen solle.

Dieser Antrag, ebenso wie der Antrag des Abg. Schindler, wird vom Ausschusse mit 3 gegen 10 Stimmen abgelehnt und § 11 nach dem bei der ersten Lesung angenommenen Wortlaute genehmigt.

Bei § 12 beantragt Abg. Dr. Rechbauer, daß Tirol und Vorarlberg von der allgemeinen Wehrpflicht nicht ausgenommen, sondern den übrigen Provinzen gleichgehalten werden sollen.

Dagegen spricht Abg. Baron Prato und entgegnet auf die Bemerkungen des Abg. Schindler, daß das Kaiserjägerregiment nicht bloß in Tirol verwendet werde und sich dort, wie Abg. Schindler glaubt, einer angenehmen Gesechtsart im Kriege erfreue, sondern daß dasselbe sowohl in Ungarn wie Italien und Deutschland mit derselben Aufopferung und demselben Verluste gekämpft habe.

Oberstleutnant Horst erklärt, daß Tirol und Vorarlberg, wenn der Antrag Rechbauer angenommen würde, nebst dem bisherigen Kaiserjägerregimente und den Landesschützen noch sechs Bataillone Landwehr stellen müßte, daher die Zahl der Landwehrbataillone sich statt auf 79 auf 85 belaufen würde. Bei der Abstimmung wird § 12 nach der Regierungsvorlage, jedoch mit dem Amendement Rechbauer angenommen.

Im § 13 erblickt Abg. Schindler eine Abdicirung des Rechtes der Recrutensbewilligung auf die nächsten zehn Jahre und ihm schließt sich Abg. Rechbauer an und beantragt in dieser Beziehung, daß im ersten Alinea in der dreizehnten Zeile nach dem Worte „erachtet“ eingeschaltet werde: „oder vom Reichsrathe eine diesfällige Aenderung beantragt wird.“

Abg. Schindler stellt, falls der Antrag Rechbauer abgelehnt werden sollte, einen eventuellen Antrag, der dahin lautet: „oder vom Reichsrathe oder dem ungarischen Reichstage eine übereinstimmende diesfällige Aenderung beantragt wird.“ Beide Anträge jedoch bleiben bei der Abstimmung in der Minorität.

Für das zweite Alinea befürwortet Abg. Schindler folgenden Wortlaut: „Die zehnjährige Gesamtreserve solle nicht größer sein als das nach dem vorigen Alinea bewilligte Recrutenscontingent.“ (Angenommen.)

Das letzte Alinea des § 13 wird nach dem Wortlaute der Regierungsvorlage genehmigt.

Lit. d des § 14, welche von der Ergänzung des Heeres und der Kriegsmarine durch die Stellung von Amtswegen handelt, wird dahin vervollständigt: „und im Kriegsfalle durch Einreihung der zur Ersatzreserve vorgemerkten, welche das 30. Lebensjahr nicht überschritten haben.“

§ 14 wird mit diesem Zusätze vom Ausschusse genehmigt, ebenso werden die §§ 15, 16, 17, 18, 19 und 20 ohne Abänderung angenommen.

Bei § 21 spricht Abg. Schindler gegen das dritte Alinea, da er fürchtet, daß hier Protection sich geltend machen könnte. Er stellt zwar keinen Antrag, behält sich aber vor, im Hause ausführlicher über diesen Punkt zu sprechen.

Abg. Dr. Rechbauer beantragt, es solle im dritten Alinea Zeile 7 statt dem Worte „können“ das Wort „sind“ gesetzt werden.

Dieser Antrag so wie auch jener, daß in diesem

Alinea die Worte „Nach gepflogener Einvernehmen mit dem betreffenden Cultus und Unterrichtsministerium mit Bewilligung des Reichskriegsministeriums“ weggelassen werden, wird vom Ausschusse angenommen.

Weiter stellt Abg. Lohninger zu § 21 den Zusatzantrag, daß den Studirenden innerhalb ihres Alters von 20 bis 25 Jahren die Wahl der Zeit, wann sie sich der einjährigen freiwilligen Dienstleistung unterziehen wollen, freistehen solle. (Angenommen.)

Die §§ 22, 23, 24 und 25 wurden nach der ursprünglichen Fassung angenommen, jedoch behält sich Abg. Schindler bezüglich des letzteren Paragraphes vor, bei der Verathung des Gesetzes im Hause selbst wegen der Bevorzugung der Candidaten des geistlichen Standes das Wort zu ergreifen.

Die weiteren §§ 26, 27, 28, 29 und 40 werden ebenfalls nach dem Wortlaute der ersten Lesung genehmigt. Bei § 31, welcher die Einreihung in das Heer innerhalb der Zeit vom 1. August bis 15. September festsetzt, beantragt Abg. Schindler, die Einreihung soll in der Zeit vom 1. April bis Ende Mai erfolgen.

Abg. Lohninger will diesen Paragraph dahin modificirt wissen, daß die regelmäßige Stellung für das Heer und für die Landwehr innerhalb der Zeit vom 1. April bis Ende Mai, die Einreihung mit 1. October jeden Jahres erfolge.

Der Ausschuß schließt sich diesen Anträgen an und erhebt dieselben bei der Abstimmung zum Beschlusse.

Zu § 32 stellt Abg. Rechbauer den Antrag, daß die Regimenter in ihren Verbänden dislocirt bleiben sollen.

Dieser Antrag jedoch so wie der von demselben Abgeordneten beantragte Zusatz zu diesem Paragraphen, daß zwischen den Landwehrpflichtigen und den zur activen Armee Abgestellten gleichen Stellungsjahres der Postausch zulässig sein soll, blieb bei der Abstimmung in der Minorität.

Dagegen wird der Antrag, daß zwischen dem 6. und 7. Alinea einzuschalten sei: „Die Widmung Wehrpflichtiger aus der ersten und zweiten Altersklasse für die Ersatzreserve ist eine zeitliche und hebt nicht von der Stellungspflicht in der zweiten, beziehungsweise dritten Altersklasse“ angenommen, und ferner beschlossen, am Schlusse des 7. Alinea dieses Paragraphes 32 die Worte „oder der Landwehr“ wegzulassen.

Die übrigen Alineas werden ohne Abänderung wie bei der ersten Lesung genehmigt.

Die §§ 33 bis incl. 41 werden ohne Debatte genehmigt.

Beim § 42, wo bei der ersten Lesung die Aenderung beschlossen war, den Meldungstermin der Stellungs-pflichtigen statt auf den Monat April, wie die Regierungsvorlage normirt, auf den Monat November festzusetzen, wird nunmehr bestimmt, daß die Meldung beim Gemeindevorstande erst im Monate December stattfinden habe.

Die §§ 43 und 44 werden in der Fassung der ersten Lesung genehmigt.

Bezüglich des § 45, welcher, wie schon mitgetheilt, festgesetzt, daß Stellungs-pflichtige, welche Reisen ins Ausland, zu welchen eine Reisebewilligung nothwendig ist, ohne eine solche unternehmen, die Vortheile der Reihung nach Altersklassen und dem Lose verlieren sollen, und welcher schon in der ersten Lesung des Gesetzentwurfes über Antrag des Abg. Skene gestrichen worden war, wird auch bei der zweiten Lesung beschlossen, denselben wegzulassen.

Im § 46, nunmehr 45 fallen in der vierten Zeile im ersten Alinea die Worte „und wird ohne Lösung“ weg.

Die folgenden Paragraphen 47, nunmehr 46, bis inclusive 52, jetzt 51, werden wie bei der ersten Lesung angenommen.

§ 52 (früher § 53) wird dahin vervollständigt, daß der Eingang desselben zu lauten habe: „Die im stehenden Heere und in der Kriegsmarine activ dienenden so wie die einen Ruhegehalt aus dem Kriegsbudget beziehenden Officiere und Beamten sind bezüglich ihrer Verschickung an besondere Vorschriften gebunden, ebenso die im stehenden Heere (Kriegsmarine) activ dienende Mannschaften, dann jene Einienurlauber, welche sich noch in den ersten drei Altersklassen befinden“

Außer der Zeit der activen Dienstleistung gelten u. f. w.“

Die übrigen Paragraphen des Gesetzes bis inclusive § 56 (nunmehr § 55) wurden ohne Debatte nach dem Wortlaute der ersten Lesung angenommen.

Oesterreich.

Wien, 5. November. (Das Militärbudget für 1869) ist in seinen Schlußziffern bereits festgestellt. Der Voranschlag der Landarmee weist im Ordinarium nach Abzug der mit 6½ Millionen entfallenden Einnahmen (statt dieser Summe waren im gemeinsamen Budget pro 1868 8½ Millionen festgesetzt) ein Erforderniß von 73½ Millionen Gulden (pro 1868 68½ Millionen) aus. Das Extra-Ordinarium soll jetzt nur noch circa 6 Millionen für einen Rest Hinterlader (25.000 Gewehre), für Festungsbauten und einige Monturforten zur Ergänzung der Kriegreserve (pro 1862 22.4 Millionen) betragen. Das Ordinarium des Heeres ist,

Locales.

wie der „Vdr.“ bemerkt, sohin gegen jenes, welches pro 1868 verfassungsmäßig bewilligt wurde, um beiläufig 5 Millionen höher, wie es heißt, größtentheils aus der Ursache, weil die Ansätze für Monturs-Nachschaffungen auf die richtig berechneten Preise und die Position der Pensionen und Invaliden-Gebühren auf mehrjährige Durchschnittsziffern basirt in das Budget pro 1869 aufgenommen worden sind, und somit Täuschungen und Schwankungen, wie solche in dem laufenden Budget und schon in früherer Zeit vorgekommen, vermieden werden. Das Budget stellt sich also mit Rücksicht auf das geringe Extra-Ordinarium ziemlich günstig. Indessen soll der Kriegsminister mit einem Nachtragscredite von 4 Millionen vor die Delegationen zu treten gesonnen sein.

— (Neue Regierungsvorlagen.) Unmittelbar nach Beendigung der Thätigkeit der Delegationen wird der Finanzminister, Herr Dr. Brestel, außer der Vorlage über das Budget und die Bedeckung des Defizits noch folgende Finanzvorlagen von der höchsten Wichtigkeit vor das Haus bringen: Reform, respective theilweise Erhöhung der Grundsteuer; Reform der Hauselassen- und Hauszinssteuer; Reform der Einkommensteuer und ein Gesetz über die Einführung einer classificirten Einkommensteuer.

West, 4. November. (Unterhaus Sitzung.)
Der Gesetzentwurf und die Concessionsurkunde über die
Arad-Temesvarer Linie wurden in der General- und
Specialdebatte mit unwesentlichen Modificationen ange-
nommen. Sodann wurde dem Hause mitgetheilt, daß
das Gesetz über die Ablösung des Weinzehnten die aller-
höchste Sanction erhielt.

Rusland.

Madrid, 4. November. Ein Decret des Justizministers annullirt alle Ernennungen und Abberufungen, welche durch die Juntan unter den Gerichtschreibern, Notären und Rechtsanwälten vollzogen wurden. — Ein Decret des Ministers der Colonien hebt auf Cuba, Portorico und den Philippinen die Einfuhrzölle für ausländische Materialien auf, welche den Zweck haben, für öffentliche Arbeiten verwendet zu werden, wie beispielsweise Eisenbahnen, Canäle &c.

New-York, 5. November. (Das Enderesultat der Wahlen) ist folgendes: Grant erhielt 25 Staaten mit 206 und Seymour 8 Staaten mit 88 Wahlmännern.

Tagesneuigkeiten.

— Sr. Majestät der Kaiser haben zur Unterstützung der durch Feuerschaden verunglückten Bewohner der Gemeinde Zsio im Komorner Comitat 1000 fl. allernädigst zu spenden geruht.

— (Das große Armee-*Avancement*) wurde auf eine am 3. v. M. Abends herabgelangte a. h. Anordnung am 4. publicirt. Dasselbe umfaßt 29 enggedruckte Seiten des Armee-Befrordnungsblattes.

— (Der Zustand des Bürgermeisters Zelingka in Wien) hat eine Wendung genommen, die kaum noch hoffen läßt, daß er genesen werde. Der Kranke sollte noch im Laufe der gestrigen Nacht mit den Sterbesacramenten versehen werden. Herr Gemeinderath Vater Golscher ist bereits ersucht worden, ihm den letzten Trost zu spenden.

— (Eröffnung der südslavischen Akademie.) Die slavische Akademie der Wissenschaften hielt am 29. v. M. in der Doorana zu Agram ihre erste feierliche Jahres-
sitzung in Anwesenheit eines zahlreichen, gewählten Publi-
cums. Der Präsident Domherr Dr. Racki eröffnete die
Sitzung mit einer Rede, worin er den innigen Verband der
Künste und Wissenschaften mit dem socialen Leben betonte
und die Hoffnung aus sprach, daß die südslavischen Völker
Europa's bald ihre westlichen Nachbarn einholen werden.
Nach dem Jahresberichte besteht das Vermögen der Akade-
mie aus einem Capitale von 223.020 fl., welches nach
Abzug des Zinsfußes für den Risikofonds und der Steuern
für das Jahr 1868 einen verwendbaren Reinertrag von
12.766 fl. ergab.

In diesen Blättern sind die Zustände des Gemeindelebens unserer Landeshauptstadt so oft ein Gegenstand besonderer Besprechung gewesen, daß wir nur eine publicistische Pflicht erfüllen, wenn wir von den erfreulichen Wahrnehmungen Art nehmen, welche uns der kurze seit Auflösung des Gemeinderathes und Uebergabe der Magistratsleitung an den ersten Magistratsrath Herrn Gutmann verstrichene Zeitraum bietet. Vor allem müssen wir den befriedigenden Zustand der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, den Schutz der Nachtruhe und die Beseitigung der früher nicht seltenen Excesse hervorheben, welche wir der energischen Initiative des Herrn Magistratsleiters verdanken. Insbesondere hören wir nicht mehr von Militärexcessen, denen durch die Entsendung gemischter Patrouillen in Folge freundlichen Entgegenkommens des Regimentscommandos der Garnison wirksam begegnet wird. Aber auch in andern sich der Oeffentlichkeit mehr entziehenden Richtungen haben wir Anlaß zu erfreulichen Wahrnehmungen. Eine begründete Klage waren die mancherlei Vortheilungen bei dem Maß der ausgespänkten Getränke; es sind nun in dieser Beziehung die schärfsten Untersuchungen gepflogen und allumgekehrt, uncincentirten Gefäße beseitigt worden; der Marktverkehr wird sorgfältig geregelt und dem Bettelwesen kräftig gesteuert, wobei wir anführen müssen, daß wir die Entfernung der am Allerselentage vom Land zugeströmten Bettlermassen dem persönlichen Einschreiten des Herrn Magistratsleiters zu verdanken haben. Auch erfahren wir, daß das Recrutencontingent der Stadt Laibach bereits fast vollständig gedeckt ist, daher auch die nächstbevorstehende Recrutierung der Stadt keine empfindliche Last aufzulegen wird, und endlich daß das städtische Präliminare, ein seltener Fall, bereits für das kommende Jahr 1869 fertig und was nicht weniger erfreulich, ohne Deficit abschließt.

— (Militärveränderungen.) Dr. Leopold Malfatti de Rohrenbach ad Dezza, Oberstabsarzt 2. Classe und Chefarzt des Garnisonsspitals zu Laibach, wurde unter gleichzeitiger Ernennung zum Sanitätsreferenten beim Generalcommando zu Agram, zum Oberstabsarzt erster Classe ernannt.

— (Johannes Wolf), unser trefflicher Historienmaler, befindet sich einer freundlichen Einladung zufolge aus Gesundheitsrücksichten derzeit in Unterfrain, und ist bei dieser Gelegenheit mit der Ausführung von Kreuzwegbildern für die Pfarrkirche von Arch beschäftigt.

-- (Theater.) Das Benefice des Herrn Müller am verflossenen Samstag fiel recht gut aus. Das Haus war vollständig gefüllt und das Publicum, welches den beliebten Beneficianten bei seinem Erscheinen durch lebhaften Applaus auszeichnete (auch einen von Herrn Müller grazios in Empfang genommenen Kranz dürfen wir nicht übergehen), nahm auch das Sitzungsgemälde Mirani's: „Ein Lehrer aus der Zeit Kaiser Joseph“, ein Volksstück im besten Sinn des Wortes, mit Beifall auf. Es wurde recht gut gespielt, wir müssen gestehen, daß Fr. von Stephyany Fortschritte macht; als Tänzerin Florinde entfaltete sie viel Liebenswürdigkeit und Frische, ebenso war Herr Bergmann als Lehrer Weller recht brav. Herr Barth entwickelte als Porlaner viel komisches Talent. Auch Fürst Kauniz fand in Herrn Stefan einen verständigen, routinirten Darsteller. Frau Dir. Böllner machte uns wieder einmal das Vergnügen, auf den Brettern zu erscheinen; sie gab ihre kleine, aber nicht unwichtige Rolle mit vieler Würde und Herzlichkeit und zeigte sich als routinirte Schauspielerin. Viele Stellen des Stückes boten dem Publicum Gelegenheit zu loyalen, das Andenken Kaiser Josephs feiernden Demonstrationen.

Der geistige Tag war nach langer Zeit wieder einmal der heiteren, und doch zugleich so melancholischen Muse Raimunds gewieht. „Der Bauer als Millionär“ machte aber kein volles Haus. Raimunds harmloser Witz, seine sinnigen und poetischen Ideen genügen dem durch „Pflanzen“ verdorbenen Gaudium nicht mehr. Dennoch wurde viel gelacht, und entwickelte besonders Hr. Müller als Wurzel in dieser Rolle viel Laune und gute Charakterzeichnung. Als Aßhermann erntete er rauschenden Beifall für die gelungenen Couplets. Die Ausstattung war angemessen.

Schließlich haben wir noch das morgige Benefiz des Hrn. v. Stephan y, einer fleißigen und strebsamen Schauspielerin, anzukündigen. Es wird gegeben: „Austria's Er-machen,“ allegorisches Festspiel; — Gustl von Bloeswitz; — Stoff von Pestovic, Lustspiel; — Marmorgruppen.

— (Schlußverhandlungen) beim k. k. Landesgerichte Laibach. Am 11. November. Valentin Sojovic und 20 Genossen: öffentliche Gewaltthätigkeit. — Am 12. November. Anton Tornič: Rothsucht; Mariana Šušteršič: Betrug; Andreas Dolinšek und Franz Gebul: Diebstahl. — Am 13. November. Josef Laužek: Betrug; Bartholomäus Šuvan: schwere körperliche Beschädigung; Johann Keržič: schwere körperliche Beschädigung; Mathias Jstenič und Anton Zurca: schwere körperliche Beschädigung.

Neueste Post.

Prag, 7. November. Der erzbischöfliche Secretär und czechische Universitäts-Exhortator, Doctor der Theologie B. Wenzel Hauscha wurde wegen einer in der Universitätskirche gehaltenen Predigt über die Civilise des Vergehens der Aufwiegelung schuldig erklärt und zu vierzehntägigem Arreste verurtheilt. Der Staatsanwalt hat einen sechs wöchentlichen strengen Arrest beantragt.

Telegraphische Wechselcours.

5perc. Metalliques 58.20. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 59.15. — 5perc National-Anlehen 63.30 — 1860er Staatsanlehen 87.90. — Bankactien 808. — Creditactien 218.20. — London 116.20. — Silber 114.35. — R. 1 Ducaten 5.50.

Handel und Volkswirthschaftliches.

Agitation gegen die Nachtrags-Convention des österr.-englischen Handelsvertrages. In Brünn fand in den Localitäten der Handelskammer eine Versammlung von Industriellen der Schafwollwaren-Branche zum Behufe einer Besprechung über die Nachtrags-Convention zum österr.-englischen Handelsvertrage statt. Die Versammlung beschloß, eine Deputation von fünf Mitgliedern an den Herrn Handelsminister zu senden, mit der Bitte, die erwähnte Nachtrags-Convention nicht in's Leben treten zu lassen; ferner wurde beschlossen, die betreffenden Industriellen in Böhmen und Schlesien hievon zu verständigen und aufzufordern, gleichfalls Deputationen abzuschicken.

Paibach, 7. November. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 7 Wagen mit Getreide und 10 Wagen mit Holz.

Durchschnitts = Preise.

		Witt. fl. fr.	Wdg. fl. fr.		Witt. fl. fr.	Wdg. fl. fr.	
Weizen pr. Megen	4	50	5	20	Butter pr. Pfund	42	—
Korn "	3	—	3	20	Eier pr. Stuck	21	—
Gerste "	2	40	3	—	Wich pr. Maß	10	—
Hafer "	1	70	2	—	Rindfleisch pr. Pfd.	21	—
Saltfrucht "	—	—	3	75	Kalbtfleisch "	23	—
Heiden "	2	50	3	—	Schweinefleisch "	22	—
Hirse "	2	40	2	90	Schöpfenfleisch "	14	—
Rufturng "	—	—	3	20	Häbndel pr. Stuck	25	—
Erdbäfel "	1	40	—	—	Tauben	15	—
Pinfen "	3	20	—	—	Hen pr. Zentner	85	—
Erbsen "	3	20	—	—	Stroh	70	—
Hifolen	4	60	—	—	Holz, hart, pr. Kft.	—	8 50
Rindfchmalz Pfd.	—	47	—	—	— weiches, "	—	6 50
Schweinefchmalz "	—	46	—	—	Wein, rother, pr.	—	—
Speck, frifch, "	—	34	—	—	Eimer	9	—
— geräuchert "	—	40	—	—	— weißer "	10	—

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

November	Zeit	der Beobachtung	Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. reducirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Ansicht des Himmels	Niederschlag in Pariser Linien
7.	6 U.	Mg.	320.87	+ 8.3	windstill	trübe	9.70
	2 "	N.	320.81	+ 10.8	windstill	Regen	Regen
	10 "	Ab.	320.70	+ 8.7	D. schwach	Regen	
8	6 U.	Mg.	319.05	+ 7.8	SD. schwach	trübe	13.00
	2 "	N.	318.03	+ 8.8	SW. schwach	Regen	Regen
	10 "	Ab.	319.23	+ 5.2	SD. schwach	Regen	

Den 7: Vollendete geschlossen. Abwechselnd Regen. Abends nach 8 Uhr lebhaftes Blize in W. Den 8: Regenwetter anhaltend. Starke Güsse, in den Alpen Schneefall. Das Tagesmittel der Wärme den 7 um 4.5°, den 8. um 3.0° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Börsenbericht. Wien, 6 November. Die Börse verlief in fester Haltung, besonders für Industriepapiere, welche größtentheils Aufbesserungen zu verzeichnen haben. Devisen und Valuten schlossen feier ge fragt. Geld abundant. Geschäft nicht unerheblich.

Öeffentliche Schuld.			Geld		Waare		Geld			Waare	
A. des Staates (für 100 fl.)											
zu d. W. zu 5pCt. für 100 fl.	Geld	Waare									
ditto v. J. 1866	55.50	55.6	Böhmen zu 5%	92.—	93.—	Gal. Karl-Lud.=B. z. 200 fl. CM.	210.25	210.50	Valfse zu 40 fl. CM.	31.50	32.—
ditto rückzahlbar (1/2)	59.80	59.90	Währen " 5 "	89.25	89.75	Böhm. Westbahn zu 200 fl.	157.—	157.50	Clary " 40 " "	35.50	36.50
Silber-Anleihen von 1864	95.25	95.50	Schlesien " 5 "	88.50	89.—	Defi. Don.=Dampfsch.=Ges. CM.	534.—	536.—	St. Genois " 40 " "	32.75	33.—
Silberanl. 1865 (Fres.) rückzahlb.	68.25	68.75	Steiermark " 5 "	86.50	87.50	Defterreich. Lloyd in Triest 500 CM.	240.—	242.—	Windischgrätz " 20 " "	22.—	22.50
in 37 J. zu 5 pCt. für 100 fl.	71.75	72.—	Ungern " 5 "	76.—	76.75	Wien. Dampfm.=Actg.	325.—	335.—	Waldstein " 20 " "	21.50	22.50
Nat.-Anl. mit Zän.-Coup. zu 5%	63.70	63.80	Lemefer = Banat " 5 "	75.—	75.50	Peffer Kettenbrücke	487.—	488.—	Reglewich " 10 " "	14.50	15.50
" " " Apr.-Coup. " 5 "	63.20	63.40	Croatien und Slavonien " 5 "	76.75	77.50	Anglo = Austria = Bank zu 200 fl.	167.50	168.—	Studolf = Stiftung 10 " " "	13.50	14.25
Metaliques " 5 "	58.20	58.30	Sizilien " 5 "	66.—	66.50	Lemberg Czernowitzer Actien	172.50	173.50			
ditto mit Mai-Coup. " 5 "	59.10	59.20	Siebenbürgen " 5 "	71.25	71.75	Verficher.=Gesellschaft Donau	256.—	258.—	Wechsel (3 Mon.)		
ditto " " " 4 1/2 "	52.25	52.50	Bukovina " 5 "	66.—	66.50				Angsburg für 100 fl. südd. W.	96.80	97.10
Mit Verlos. v. J. 1839	174.—	174.50	Ung. m. d. B.=C. 1867 " 5 "	75.—	75.50	Pfandbriefe (für 100 fl.)			Frankfurt a. M. 100 fl. ditto	97.20	97.40
" " " 1854	78.50	78.75	Lem. B. m. d. B.=C. 1867 " 5 "	74.75	75.25	National=			Hamburg, für 100 Mark Banco	85.90	86.—
" " " 1860 zu 500 fl.	87.60	87.70	Actien (pr. Stüd.)			bank auf			London für 10 Pf. Sterling	116.15	116.30
" " " 1860 " 100 "	95.—	95.25	Nationalbank	806.—	807.—	verlosbar zu 5%	98.—	—	Paris für 100 Franken	46.10	46.15
" " " 1864 " 100 "	100.80	101.—	Kaiser Ferdinands-Norrbahn			CM.			Cours der Geldsorten		
Como-Deutensch zu 42 L. aust.	24.50	25.—	zu 1000 fl. CM.	1805.—	1808.—	Nationalb. auf d. W. verlosb. 5 "	92.20	92.40	Geld		Waare
Domainen 5perc in Silber	108.75	109.—	Kredit-Anstalt zu 200 fl. d. W.	218.80	218.90	Ung. Bod.=Cred.=Anst. zu 5 1/2 "	91.—	91.50	fl.		fr.
B. der Kronländer (für 100 fl.)	Gr.-Entl.=Oblig.		M. d. Escom.=Ges. zu 500 fl. d. W.	645.—	648.—	Allg. öst. Boden-Credit-Anstalt			5 fl. 50 fr.	5 fl.	50 1/2 fl.
Niederösterreich . . . zu 5%	86.50	87.—	Staatseisenb.=Ges. zu 200 fl. CM.			verlosbar zu 5% in Silber	102.25	102.75	9 " 27 "	9 "	27 1/2 "
Oberösterreich . . . " 5 "	88.—	88.50	über 500 fr	267.20	267.50	dto. in 33 J. rückz. zu 5pCt. in d. W.	84.70	84.90	" " " " " "	" " "	" " "
Salzburg " 5 "	87.—	88.—	Kais. Eist. Bahn zu 200 fl. CM.	167.25	167.50	Lose (pr. Stüd.)			Aust. Imperials	1 " 71 1/2 "	1 " 71 1/2 "
			Südb.=nordb. Ver.=B. 200 fl.	151.—	151.25	Cred.=A. f. d. u. G. z. 100 fl. d. W.	140.50	140.70	Vereinshaler	1 " 71 1/2 "	1 " 71 1/2 "
			Südb. St.=L. ven. u. z. 1. C. 200 fl.			Don.=Dampfsch.=G. z. 100 fl. CM.	92.—	92.50	Silber	114 " 15 "	114 " 30 "
			d. W. oder 500 fr.	186.30	186.50	Stadtgem. Ofen " 40 fl. d. W.	31.—	31.50			
						Esterhazy zu 40 fl. CM.	160.—	170.—			
						Salm " 40 " "	41.—	42.—			